

## **Motion über die Transparenz der Parteienfinanzierung und die Begrenzung der Wahlkampfkosten**

eröffnet am 6. November 2007

Wir fordern den Regierungsrat auf, eine gesetzliche Regelung über die Finanzierung der Parteien zu erarbeiten, die zum einen Transparenz schafft und zum anderen die Wahlkampfkosten begrenzt.

Noch nie wurde so viel Geld in nationale und kantonale Wahlen investiert wie dieses Jahr. Neben den nationalen und kantonalen Parteien greifen zunehmend auch einzelne Kandidatinnen und Kandidaten tief in die Tasche oder werden von interessierten Geldgebern mitfinanziert. Für das Wahljahr 2007 gehen Schätzungen von mindestens 50 Millionen Franken aus. In Anbetracht dieser Rekordausgaben ist es nicht verwunderlich, dass die Kosten selbst und ihre Herkunft Gegenstand des Wahlkampfes geworden sind. Wahlen sollen weder durch unterschiedlich gefüllte Kassen noch durch Sponsoring beeinflusst werden. Um die Finanzierung der Parteien transparent zu machen, soll die gesetzliche Regelung insbesondere folgende Punkte beinhalten:

- eine jährliche Veröffentlichung der Parteienfinanzierung (Einnahmen, Ausgaben und Vermögensentwicklung),
- Höhe und Herkunft der finanziellen Mittel, die für Wahlkampagnen ausgegeben werden,
- eine Begrenzung der für Wahlen investierten finanziellen Mittel,
- die Schaffung einer neutralen Stelle, welche die Finanzierung der Parteien sowie ihrer jeweiligen Kosten für Wahlkampagnen kontrolliert.

Die undurchsichtige Parteien- und Wahlkampffinanzierung wird zu Recht immer wieder thematisiert und kritisiert. Sowohl die Wahlfreiheit als auch der ungehinderte Zugang zu den Informationen aller politischen Parteien für alle Bürgerinnen und Bürger ist zu gewährleisten. Im Weiteren ist die Unabhängigkeit der Parteien

sowie ihrer Kandidatinnen und Kandidaten gegenüber von Einzelinteressen zu garantieren. Schliesslich soll für alle politischen Gruppierungen Chancengleichheit gelten. Um diese für eine Demokratie zentralen Punkte sicherzustellen, ist ein Minimum an Vorschriften notwendig. Nach dem Wahljahr 2007 drängt sich eine gesetzliche Regelung auf.

*Greter Alain*

Borgula Adrian

Meile Katharina

Hofer Andreas

Graf Patrick

Froelicher Nino

Reusser Christina

Lerch Peter

Rebsamen Heidi

Kiener Daniela

Dettling Schwarz Trix

Lötscher-Knüsel Trudi

Steinhauser Margrit

Suntharalingam Lathan

Beeler-Huber Silvana

Pflugshaupt Daniel

Zopfi-Gassner Felicitas

Pardini Giorgio